



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter  
und -arbeiterinnen Deutschlands.

ersch. wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gepaltene Petitzeile 1,- Goldmark, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

## Aufruf zu den Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1927

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar-März 1927 durchzuführen.

Von den Ortsausschüssen des ADGB und den Ortsstellen des FA-Bundes ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die

### Bestellung des Wahlvorstandes

vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, die im Laufe des Jahres 1926 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen. Maßgebend sind § 23 bzw. §§ 42 und 43 WRG. Betriebsvertretungen, die erst im Jahre 1927 gewählt worden sind, bleiben im Amt, ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1926 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Vertändigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß §§ 61, 62 WRG. (bei Behörden, bei der Reichsbahn, im Baugewerbe usw.) handeln nur nach den Besungen ihrer Gewerkschaften. Für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht.

Diese Anweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiter- und Angestelltenbewegungen vermieden werden.

### Maßgebend für die Durchführung der Wahl

Sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll Seite 419/20) und die Richtlinien des FA-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleierte oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Falle in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongreßbeschlüsse nicht anerkennen.

Die für die Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare hat sich der Wahlvorstand im Betriebe herzustellen zu lassen. Die Materialien dazu hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 36 WRG. und § 22 der Wahlordnung zum WRG.).

Das ganze Jahr 1926 war für die Gewerkschaften und damit auch für die Betriebsräte sehr bewegt. Die Auseinandersetzungen über Rationalisierung, Technisierung und Typisierung, die große Arbeitslosigkeit, das Ueberstundenunwesen und die Absicht der Unternehmer, das Arbeitsrecht und das Sozialrecht abzubauen, haben die Kräfte der Gewerkschaften vollkommen in Anspruch genommen. Das Jahr 1927 hat diese Probleme übernommen. Es gilt vor allen Dingen, die Auswüchse der Rationalisierung zu beseitigen und zu verhindern, daß die Arbeiter und die Angestellten dabei die Leidtragenden sind. Vielmehr muß die Rationalisierung als Fortschritt der Menschheit auch der Arbeiterklasse zugute kommen.

Die Arbeitslosigkeit ist zu beseitigen, was u. a. auch dadurch bis zu einem gewissen Grade erreicht werden muß, daß der Achtstundentag gesetzlich wiederhergestellt wird. Auch hierbei werden die Betriebsräte wertvolle Hilfe leisten müssen.

Große Aufgaben stehen insolge dessen den Betriebsräten bevor. Es ist daher

### Pflicht jeder Belegschaft,

die eine Betriebsvertretung wählen kann, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß auch von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird. Die Gewerkschaften bemühen sich ununterbrochen, die Position der Betriebsräte zu sichern. Durch das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926 ist mit Wirkung vom 1. Juli 1927 auch für die Betriebsvertretungen eine volle Einheitlichkeit der Rechtsstellen geschaffen worden, so daß also nicht wie bisher die Betriebsräte notwendig haben, sich an die unterschiedlichsten Rechtsstellen wenden zu müssen. Außerdem sind auch durch das Arbeitsgerichtsgesetz für die Betriebsräte selbst größere Sicherheiten geschaffen worden. Gegen Entscheidungen der Arbeitsgerichte auf Amtsenthebung von Betriebsräten bzw. Zustimmung zur Entlassung von Betriebsräten gibt es nach Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes die Rechtsbeschwerde mit ausschließender Wirkung an das Landesarbeitsgericht. Die Gewerkschaften haben auch dem Reichstage Anträge eingereicht, um die objektive Durchführung des WRG. mehr als bisher zu sichern. Das WRG. soll so geändert werden, daß auch die Belegschaften den Wahlvorstand bestellen können und daß der Wahlvorstand, die Kandidaten zu den Neuwahlen, die auscheidenden Betriebsräte und die amtierenden Betriebsräte selbst vor Maßregelungen geschützt sind.

Um alle diese wichtigen Aufgaben durchzuführen und zu erfüllen, ist es notwendig,

### die Reihen der Gewerkschaften soviel wie möglich zu stärken.

Auch hierbei haben die Betriebsräte mitzuwirken, sie müssen als Funktionäre der Gewerkschaften dafür eintreten, daß alle Arbeiter und alle Angestellten Gewerkschaftsmitglieder sind.

Nunmehr an die Arbeit! Das wichtige gesetzliche Mitbestimmungsrecht ist zu seiner vollen Geltung zu bringen!

Die Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften muß wiederum die Parole bei den Betriebsräten sein.

Berlin, den 1. Februar 1927.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Allgemeiner freier Angestelltenbund  
(ADGB.) (FA-Bund.)

## „Die Bedeutung der Betriebsräte ist ganz erheblich zurückgegangen.“

Die Betriebsräte wahlen müssen wiederum in einigen Wochen vollzogen werden. Deshalb tritt die Betriebsrätefrage wieder lebhafter in Erscheinung. In den Unternehmerblättern wird neben den Betriebsräte wahlen auch zugleich ein Urteil über die Einrichtung der Betriebsräte selbst abgegeben. Wir greifen hier einen Artikel der „Bergwerks-Zeitung“ vom 30. Januar heraus. Wir finden dort unter anderem folgende Meinungsäußerung:

„Wenn man die Tätigkeit der Betriebsräte in den letzten zwei oder drei Jahren überblickt, so kann man nicht umhin, festzustellen, daß ihre Bedeutung ganz erheblich zurückgegangen ist... In den Kreisen erfahrener und älterer Arbeiter macht sich eine weitgehende Interesslosigkeit an den Vorgängen im Betriebsrat und bei keiner Wahl geltend... Vielen Arbeitern kam immer mehr zum Bewußtsein, daß das Betriebsrätegesetz tatsächlich ein Fehlschlag war. Das führte dazu, daß in vielen mittleren und kleineren Betrieben überhaupt eine Wahl nicht mehr zustande kam und sie ohne Arbeitervertretung und ohne Obmann blieben.“

Das schwerindustrielle Blatt drückt dann mit Wohlbehagen eine Ausruf der „Roten Fahne“ ab, der zum gewerkschaftlichen Massenkampf und zur revolutionären Gewerkschaftsopposition auffordert. Zum Schluß wird für eine Heraushebung des Wahlalters Stimmung zu machen versucht.

Wenn die Betriebsräteeinrichtung so an Bedeutung verloren hätte, würde man sich zweifellos nicht soviel mit ihr beschäftigen. Auch in den Reihen der Arbeiter hat eine kühlere Beurteilung der Betriebsrätefragen Platz gegriffen. Man hatte die Erwartungen zu hoch geschraubt, und in sehr vielen Fällen hat es auch an Leuten gefehlt, die ein solches Amt auszufüllen verstanden. Zu dem Posten eines Betriebsrates gehört nicht nur die Fähigkeit, den Kollegen gegenüber eine gewisse Autorität zu erringen, sondern auch ein rascher Ueberblick über tatsächliche Möglichkeiten der jeweiligen Lage und vor allem wirtschaftliche Einsicht und Kenntnisse. Daran hat es manchmal gefehlt. Aber dies war vorauszusetzen. Die Gewerkschaften als die Träger der Betriebsrätebewegung haben trotz aller Schwierigkeit in den wenigen Jahren mit Erfolg einen Stamm von Funktionären heranzugehen vermocht, die das Amt des Betriebsrates voll und ganz auszufüllen in der Lage waren. So muß es weitergehen. Von den Kollegen und Kolleginnen in den Druckerien verlangen wir größeres Verständnis für die Betriebsrätefragen. Die Betriebsräte waren ein Teil jener großen Forderungen, die die Gewerkschaften an einen sozialen Staat stellten. Doch ein Gesetz bleibt ein leeres Gefäß. Es mit Inhalt zu füllen ist Aufgabe derer, die es angeht. Mögen deshalb die Betriebsräte wahlen dazu benützt werden, um Aufklärung zu schaffen und Verständnis dafür zu erwecken, daß der Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft mit Schwierigkeiten gepflastert ist. Ein Anfang zu der großen Tat war die Schaffung der Betriebsräte. Von der Fähigkeit, dieses Instrument benutzen zu können, wird die Durchführung der Wirtschaftsdemokratie mehr oder weniger abhängen.

Der nebenstehende Aufruf ist von unsern Kollegen und Kolleginnen besonders zu beachten, es darf auf keinen Fall mehr vorkommen, daß ein Betrieb ohne Betriebsrat oder Betriebsobmann bleibt, worüber hier und da von den Mitgliedern geklagt worden ist. Die Gewerkschaftsvereine haben Weisung vom Verbandsvorstand erhalten, überall auf die Durchführung der Wahlen zu den Betriebsvereinen zu achten. Die fähigsten Köpfe haben sich für den Posten eines Betriebsrats bereitzustellen und die Verbandsmitglieder müssen sie, nach Kräften unterstützen und ihnen das gewiß nicht leichte Amt nicht unnützlich erschweren. Das tut schon der Unternehmer. In allen Betrieben muß nach Maßgabe des Aufrufs vom ADGB erwählt werden.

# Arbeits- und Berufsorganisationen im deutschen Zeitungsgewerbe.

II

## Die Bedeutung unserer Organisation im Zeitungsgewerbe.

Der Verfasser des hier als Unterlage dienenden Buches geht in dem Kapitel „Die Berufsvereine der Arbeitnehmer“ ausführlich auf die gewerkschaftlichen Verhältnisse des gewerblichen, technischen und kaufmännischen Personals ein. Ueber die Gewerkschaften urteilt er im allgemeinen objektiv, was aus folgenden Ausführungen ersichtlich ist:

„Die Gewerkschaften haben sich durchgesetzt. Zumal im Verlauf der neueren Entwicklung, deren Marksteine sich in der Heranziehung der Gewerkschaften zur Staatsarbeit während des Weltkrieges und der damit zusammenhängenden Aufhebung des § 153 der Reichsgewerbeordnung im Novemberabkommen von 1918 mit den Arbeitgeberverbänden, der „Magna Charta“ der Gewerkschaftsbewegung und in ihrer ausdrücklichen Anerkennung durch die neue Reichsverfassung, die die neuere arbeitsrechtliche Gesetzgebung abgibt, haben die Gewerkschaften eine Bedeutung erlangt, die sie nicht mehr ausschließlichen Faktoren in Staat und Wirtschaft erscheinen läßt.“

Wie es nicht anders sein kann, bilden die freien Gewerkschaften dem Verfasser ein dankbares Objekt für seine Untersuchungen. Unsere Bruderorganisation, der Verband der Deutschen Buchdrucker, kommt naturgemäß an erster Stelle, und der Verfasser unternimmt es, diese große Organisation gebührend zu kennzeichnen. Uns interessiert natürlich in erster Linie, welche Beurteilung der Verband der graphischen Hilfsarbeiter von einem Manne erfährt, der lange Jahre Mitarbeiter des Syndikats eines großen Berliner Zeitungsverlags war und heute noch bei dem Unternehmen angestellt ist. Daß es schwierig war, unsere Organisation überhaupt ins Leben zu rufen, erkennt der Verfasser an:

„Organisationen wie diese Berufsvereine der Arbeitnehmer lassen sich nicht aus der Erde stampfen; sie wurzeln in ihrer Zeit, und die Bestimmungsgründe ihrer Entstehung, die Möglichkeiten unserer Wirksamkeit und die Bedingungen ihrer Entwicklung sind gegeben durch die allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Zustände ihrer Zeit. Die Voraussetzungen für das Wirksamwerden einer gewerkschaftlichen Hilfsarbeiterbewegung in Deutschland erfüllten sich mit der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rasch zunehmenden Abflutung des handwerklich-möglichen durch die fabrikmäßige, maschinell betriebene Produktion. Je mehr Terrain die Technik in der Produktion sich eroberte, um so größer wurde das Kontingent der „ungelehrten“ Arbeiter, die zur Bedienung derjenigen Maschinen, die nur einfache Handgriffe erforderten oder zu Hilfsarbeiten für die komplizierteren Maschinen herangezogen wurden. Mit dem Übergang der Buchdruckerei zum Großbetrieb, mit der beginnenden Massenproduktion von Zeitungen und Zeitchriften und der hierdurch ermöglichten Entstehung von Zeitungs- und Zeitungsdruckbetrieben schlug auch die Geburtsstunde für eine zentrale Gewerkschaft der graphischen Hilfsarbeiter, die dann, aus örtlichen Anfängen, die sich seit etwa 1890 bemerkbar machten, erste Kraft aufweisend, im Jahre 1898 unter dem langen Namen „Verband der in Buchdruckereien und verwandten Gewerben beschäftigten Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen“ das Licht der Welt erblickte.“

Recht klar ist die Darstellung des Verfassers bezüglich der Einwirkung der Tarifpolitik auf die Entwicklung der Organisation. Im Jahre 1906 gelang es unserem Verband, eine Verständigung mit den Unternehmern über eine zentrale Regelung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Die Mitgliederzahl ging deshalb von da ab ständig in die Höhe und erreichte 1911 den höchsten Stand in der Vorkriegszeit. Welche Schwierigkeiten unsere Organisation bezüglich der Tarifpolitik zu überwinden hatte, kennzeichnet der Verfasser auf Seite 97 treffend mit folgenden Worten:

„Der Verband hat dann in der Folge die so begonnene Tarifpolitik energisch weitergeführt, allerdings nicht ohne erhebliche Widerstände und Schwierigkeiten. Widerstände lehnen der Prinzipale, die, insbesondere mit Rücksicht auf wiederholte örtliche Tarifverträge des tarifgebundenen Hilfspersonals, einer Verlängerung bzw. Erweiterung des Ende 1911 ablaufenden Vertrages ablehnend gegenüber-

standen und die Hilfsarbeiter für noch nicht „tariffrei“ erklärten, und Schwierigkeiten, die der Zentralleitung des Verbandes durch eigenmächtiges und verbandswidriges Vorgehen einzelner Unterverbände entstanden.“

Die Mitgliederbewegung unseres Verbandes geht aus folgender Zusammenstellung hervor, wobei wir des Interesses wegen die Mitgliederzahl der christlichen Konkurrenzorganisation, des Graphischen Zentralverbandes, dessen Organisationsgebiet bekanntlich weitestgreift als das unrige und bei dem nicht einmal 25 Proz. der Mitglieder als graphische Hilfsarbeiter anzusprechen sind, mit anführen:

Jahr	Unser Verband Graph. Zentralverband (christl.)	Graph. Zentralverband (christl.)
1898	1423	—
1900	1856	—
1905	8086	1260
1910	15891	1572
1913	15934	2337
1918	14346	—
1921	46872	5715
1923	32968	4930
1925	37793	4281

Wir registrieren mit Bemerkung, daß Herr Gloff dem Wirten unserer Organisation folgende Anerkennung zollt:

„Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter, der in den ersten 20 Jahren seiner Tätigkeit, sich nur schwer und langsam durchsetzen konnte, hat sich in sehr kurzer Zeit der Schaffung des Reichstarifgesetzes für Buch- und Zeitungsgewerbe, der Hilfsorganisationen und Zeitungsdruckerei eine feste Position im Druck- und Zeitungsgewerbe erworben.“

Nachdem der Verfasser dem Verband der Lithographen eine eingehende Würdigung hat erfahren lassen und auch des Verkehrsverbundes gedacht hat, werden die christlichen Zwergerorganisationen behandelt. Interessant ist noch eine Zusammenstellung, worin die Festigkeit der gewerkschaftlichen Organisation im Graphischen Gewerbe besonders betont wird; während die freien Gewerkschaften z. B. insgesamt im Jahre 1924 im Verhältnis zu 1913 eine Zunahme von 57,4 Proz. zu verzeichnen hatten, hatte der Verband der Deutschen Buchdrucker eine Zunahme von 4,4 Proz. (infolge des hohen Prozentsatzes der Organisation vor dem Kriege) und unser Verband eine Zunahme von 107,9 Prozent. Der Verfasser bemerkt hierzu: „Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Arbeiterorganisationen des Druck- und Zeitungsgewerbes im großen und ganzen die kritische Gewerkschaftsperiode, im Vergleich zum Durchschnitt der Gesamtbewegung recht gut überstanden haben.“

Die technischen und kaufmännischen Angestellten des Buch- und Zeitungsgewerbes sind in den in Frage kommenden Verbänden organisiert. Für die Journalisten und Schriftsteller bestehen ebenfalls Organisationen und die Redakteure haben bekanntlich im Reichsverband der Deutschen Presse eine ziemlich feste Gewerkschaft. Was noch erwähnt werden muß, ist die Organisation der Unternehmer im Buch- und Zeitungsgewerbe.

Die Unternehmer des Buch- und Zeitungsgewerbes haben sich in drei Organisationen ziemlich eng zusammengeschlossen. Diese Organisationen sind: Deutscher Buchdrucker-Verein, Verein Deutscher Zeitungsvorleger und der Arbeitgeber-Verband für das Deutsche Zeitungsgewerbe. Der Deutsche Buchdrucker-Verein ist wohl als die älteste reine Unternehmerorganisation überhaupt anzusprechen, er wurde im Jahre 1869 in Mainz errichtet. Der Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe entstand im Jahre 1906, gewissermaßen als Gegenorganisation gegen den Deutschen Buchdrucker-Verein, weil „sich in einzelnen Kreisen Widerspruch gegen die allzu tariffreundliche Einstellung des Deutschen Buchdrucker-Vereins und die allzu weitgehenden Zugeständnisse an die Schifferschaft erhoben hatte“. In der Hauptsache drehte sich der Gegenlauf um den sogenannten Organisationsvertrag, weil beide Organisationen sich verpflichtet hatten, nur Mitglieder der Organisation als tariffähig zu erachten. Später wurden die Differenzen zwischen den Unternehmerverbänden ausgeglichen.

In der Inflation entstanden in der Provinz Konkurrenzorganisationen der Unternehmer, die sich ebenfalls gegen die zentralen Tarifabmachungen wandten. Aber diese Organisationen haben ebenfalls keinen Bestand gehabt. Der Deutsche Buchdrucker-Verein ist eine Organisation, die ziemlich tief in die Verhältnisse der Unternehmungen greift. Er hat die Durchführung des Druckpreistarifes zu überwachen und kann bei Zuwiderhandlungen bei den Arbeitskämpfen ein Sondergericht einberufen, das ziemlich weitgehende Befugnisse besitzt. Die Organisation ist im übrigen stark dezentralisiert; der Verein umfaßt 12 Kreise, die sich wieder in Bezirke, nach Ländern, Provinzen, Regierungsbezirken oder Orten gliedern. Der Buchdrucker-Verein hat folgende geschichtliche Entwicklung in der Mitgliederbewegung aufzuweisen:

1870	392	1910	4756	1922	5378
1880	275	1913	4399	1923	5791
1890	1278	1919	5164	1924	5742
1900	969	1920	5536	1925	6518
1905	3473	1921	5253	1926 (1.4.)	6619

Die Vermögensübersicht weist nach dem Stande vom 31. Dezember 1925 einen Betrag von 585 883 M. aus. Der Verein Deutscher Zeitungsvorleger vertritt die Zeitungsbetriebe, unter anderem auch bei den Tarifverhandlungen. Er stellt eine rein wirtschaftliche Vereinigung dar, bei der nach den Worten des langjährigen Vorsitzenden, Dr. A. Faber,

„das eine Gesichtswinkel gewendet nach der wirtschaftlichen Seite des Zeitungsbetriebes; der technischen Seite des Geschäfts mit allen ihren Verzweigungen bis in die feinsten praktischen Sozialpolitik, wie sie uns im Tarif der deutschen Buchdrucker entgegentritt — der kaufmännischen Seite, wie sie in der ganzen finanziellen Fundierung in der Buch- und Kassenführung, dem Einkauf, der Propaganda, speziell für den Inseraten- und Abonnementteil in immer sorgfältigerer Gestaltung sich auswirkt. Das andere Gesicht — der hohen idealen Aufgaben zugewandt, deren Wahrnehmung die Vorleger unter keinen Umständen der Redaktion ihrer Zeit allein überlassen dürfen.“

Es gibt auch im Zeitungsgewerbe Abspaltungen, wo die Unternehmer der Provinzorte um Sonderorganisationen gründeten. Der Verein Deutscher Zeitungsvorleger umfaßt rund 1970 Mitglieder.

Wenn der Verein Deutscher Zeitungsvorleger eine ausgeglichene Ständes- und Berufsorganisation darstellt, so ist der Arbeitgeber-Verband für das Deutsche Zeitungsgewerbe gewissermaßen die Kampfororganisation der Zeitungsbetriebe. Er wurde im Jahre 1919 in Hannover gegründet, und zwar in dem Augenblick, als sich nicht nur das Betriebspersonal, sondern auch die technischen, kaufmännischen und sonstigen Angestellten den Gewerkschaften angeschlossen. Als Zweck wird angegeben:

„Zusammenhalt und das Zusammenwirken aller deutschen Zeitungsvorleger in ihrer Stellung als Arbeitgeber zur einheitlichen Wahrung und Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen. Insbesondere hat der Verband die Aufgabe, alle Fragen, die für das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Zeitungsgewerbe von grundsätzlicher Bedeutung sind, einheitlich zu regeln.“

Es besteht also bei den Unternehmern des deutschen Buch- und Zeitungsgewerbes eine gewisse Arbeitsteilung bezüglich der Organisationen. Aber festzuhalten ist, daß die Unternehmer im Buch- und Zeitungsgewerbe lückenlos geschlossen dastehen.

Wir haben uns bemüht, aus dem Buche des Herrn Dr. Gloff das Wesentlichste herauszugreifen. Das Buch kann allen Kollegen und namentlich allen Verbandsfunktionären empfohlen werden. Es zeigt, daß das deutsche Buch- und Zeitungsgewerbe sich vorzüglich entwickelt hat und wirtschaftlich die gesündeste Art der Betriebe darstellt. Es zeigt aber auch, daß die Arbeiter des graphischen Gewerbes das Zeichen der Zeit erkannt haben und sich in ihren gewerkschaftlichen Organisations- und Trübsorgen schufen, die ruhig als uneinnehmbar gelten können. Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter steht bei alledem nicht an letzter Stelle. Dessen können wir uns freuen, zumal wenn es von einem Unternehmervertreter bestätigt wird.

## Ein russischer Bauernroman.

Der Bürgerkrieg in künstlerischer Darstellung.

Von Paul Oberg (Berlin).

Es ist mit Bemerkung festzustellen, daß in den letzten zwei, drei Jahren die russische Literatur durch mehrere Romane bereichert worden ist, die ausgezeichnete Schilderungen des Volkslebens in der Sturm- und Drangperiode liefern. Sie tragen sehr viel zur Beurteilung der jüngsten Entwicklung Russlands bei, oft mehr als zahlreiche „wissenschaftliche“ Erhebungen. Dabei spielt das Dorf in der russischen Literatur die Hauptrolle. Das ist auch vollkommen begründet, ist doch Russland ein Bauernland; vor noch die russische Revolution im Grunde genommen eine Agrarrevolution. Mit dem Bauernleben beschäftigt sich auch der kürzlich erschienene Roman „Die Bauern von Wory“ (Paul Holzapf Verlag, Berlin 1926). Der Verfasser, der junge russische Dichter Leonid Leonow, steht vollkommen unter dem Einfluß der alten russischen Realisten und Dichter Afanasi, Glogorowitsch, Gonscharoff; zum Teil ist der Einfluß von Turgenjew und Tolstoi bemerkbar. Der Roman ist in realistischen Rahmen gehalten, wenn er auch eine gewisse Tendenz zugunsten der Stadt verfolgt. Die Handlung spielt in den Dörfern Nordrusslands. Sie beginnt unmittelbar vor dem Weltkriege, umfaßt aber hauptsächlich die tragische Periode des sogenannten Kriegesommers, d. h. der ersten Jahre der Herrschaft des Bolschewismus.

Einförmig, grau und tröstlos verläuft das Bauernleben in Sarjable. Selbst die Sonne, die im Frosthauch über Sarjable leuchtet, hier über uns wie eine vom Frost rötlich überstrahlte „Hünstlopfenmünze“. „Auch wir leben in einem Sumpf“, klagt ein Dorfbewohner über das Leben der Bauern. Nur eine Sorge, eine Frage quält sie. Und das ist die Gemeindefrage, aber die fast seit einem Jahrhundert zwischen den Bauern von Gussak und denen von Wory Krieg geführt wird. Seinerzeit, bei der Aufhebung der Selbstgenossenschaft, wurde die ganze Wiese den Bauern von Wory zugewiesen. Das war eine offensbare Ungerechtigkeit, um so mehr, weil die Bauern von Gussak unter der Selbstgenossenschaft über das Nutzungsrecht eines Teiles der Wiese verfügten. Wiederholt bemühten sich die Bauern von Gussak, wieder dieses Recht, wenn auch gegen Entschädigung, zu erwerben. Stehend richteten sie durch ihre Vertrauensmänner die Bitte an die Bauern von Wory: „Anschön handelt Ihr, Bauern. Aus einem und demselben Dorfe, aus Ursprung, seid Ihr gleich uns hervorgegangen. Nicht unser Wille, sondern der böse Wille des Herrn hat uns ja auf dieses von Mücken umschwärmte Deldand hinaus-

getrieben. Irret er nicht wenigstens ein ganz kleines Stüchlein ab. Von unserer Seite anderthalb Wersl, von Eurer ganze fünfzehn! Ihr habt Land übergeben, aber wir leben auf dem Boden Zins, wie auf einem Hünstlopfenmünze.“ (S. 220.) — „Bist nicht, wir geben Euch nichts...“ lautete die Antwort. Tief verlegt, erklärten die Angehörigen: „Doch! Ist Euer Handwort. Und Diebe werden wir Euch nennen“ (S. 221). (Daher der Name Wory, was im Russischen Diebe heißt.) Seitdem begann der rüchlichste Kampf zwischen den Bauern. Die Verbände der Behörden, die Angelegenheit auf gesetzlichem Wege zu regeln, scheiterten an der Unfähigkeit der bürokratischen Stellen und an der unvernünftigen Haltung beider Parteien. Als eines Tages die staatlichen Landmesser erschienen, um die in Betracht kommende Wiese zu messen, widersetzten sich dieser Maßnahme merkwürdigerweise die Bauern der benachteiligten Gussak, indem sie erklärten: „Das Land ist kein Kleiderstoff, da gibt es nichts zu messen. Sie bringen vielleicht noch tausend Dekjatinen heraus, und wir werden wegen lässlicher Angaben bestraft. Und wenn sie weniger herausbringen, dann bekommen wir erst recht nichts, und uns bleibt nichts als der Fluch, um uns vor Hunger in ihm zu erdrücken. Wir lassen es nicht zu.“ (S. 224.) Sie nahmen eine solch drohende Haltung ein, daß die Geometer un-

# „Das Antlitz des Effektenbesizers glänzt wie eine Lampe.“

Da sich die Kurssteigerungen an der Börse auch im neuen Jahre fortgesetzt haben, sind die Effektenbesitzer mit der allgemeinen Lage nicht unzufrieden. Die wiederholten Stöße der Baissiers konnten glatt überwunden werden. Daß darüber eitel Freude herrschte, kann man sich denken. Der Börsenberichterstatter der „Bergwerks-Zeitung“ gehört zu denjenigen, die immer über gutes Wetter an der Börse berichtet haben. In seinem vom 28. Januar datierten Wochenbericht stößt er folgenden Freudenruf aus: „Das Antlitz des Effektenbesizers glänzt wie eine Lampe von Körtung und Matthesien. Wer sich von diesem Stande überzeugen will, komme nach Berlin in die obere Friedrichstraße...“ Die Effektenbesitzer haben Grund, glänzende Gesichter zu zeigen. Sie können sich sogar in der Friedrichstraße in Berlin oder an sonstigen Städten dem ungehinderten Amusement hingeben. Nicht allen Leuten geht es so, was man nicht erst zu beweisen braucht. Rufen wir uns ins Gedächtnis zurück, daß die Zahl der Erwerbslosen, nur die Unterstützungsempfänger in Betracht gezogen, vom 1. November bis zum 15. Januar um rund 525 000 oder mehr als 40 Prozent zugenommen hat. So ist es haben und so ist es drüben. Für den einen ist die Wirtschaftslage im heutigen Deutschland absehlich, der andere ist darüber so erfreut, daß sein Antlitz glänzt wie eine Lampe. Dem einen sin Uht ist dem andern sin Nachtigall!

## Briefe über die soziale Stellung der Frau im Verlaufe der Menschheitsgeschichte.

### Vierter Brief.

Du schreibst, daß du immer mehr erkennst, daß die Geschichte der Frau eine Geschichte von Tränen ist. Jawohl, kein menschliches Wesen hat einen solchen dornenreichen Weg in der Menschheitsentwicklung zu beschreiten gehabt, wie eben die Frau. Und ich finde es sehr solidarisch von dir, wenn du dir geschworen hast, mit allen deinen Kräften für die Befreiung der Frau tätig zu sein. Wie könntest du das besser tun als unter deinen Geschlechtsorganen aufrüttelnd und aufstrebend zu wirken, und sie in die Kampffront der Frauenbewegung, der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu bringen. Deine Agitationsarbeit muß aber mit Wissen fundiert sein, wenn du Erfolg haben willst. Suche daher alle deine freie Zeit für deine geistige Weiterbildung zu verwenden.

Resapitulieren wir die Grundzüge des dritten Briefes. Der Mann schafft sich Reichtümer, seine Stellung erlarzt wieder, er kauft die Frau von der Sippe los. Die Frau verliert dadurch ihre soziale und herrschende Stellung. Die Sippe zerfällt sich. Die Familie befindet sich in aufsteigender Blüte. Es wird alles in ihr produziert. Die Stellung der Frau bleibt niedrig, aus ihr wird das möglichste herausgepresst und versucht, und sie ist in das Haus verbannet.

Gehen wir einen Schritt weiter in unseren Betrachtungen. Die Familie erweiterte sich zum Fronhof zur Grundherrschaft. Die Frau steht unumhränkt unter der Obhut und Gewalt eines Meisters und Herrn. Sie muß dem Willen des Mannes gehorchen, er herrscht unumhränkt über Frau und Kind. Und sie ist ihre Haushälterin und Saugamme für seine Erben. Das Weib wird vom Mädchen bis zur Witwe unter Vormundschaft gehalten. Das Gesetz betont die völlig untergeordnete Beschaffenheit des weiblichen Geschlechts. Sie ist rechtlos in jeder Beziehung. So war z. B. ganz genau vorgeschrieben, für welche Summe die Hausfrau ohne Einwilligung des Mannes Einkäufe machen durfte. Die soziale Stellung der Frau hatte sich eher verschlechtert als gebessert. Vor der Revolution war sie in mancher Hinsicht freier und geachteter. So trägt denn auch alles dazu bei, Wirtschaft, Sitte, Gesetzgebung, Staat, Religion, den Mann hoch über die Frau zu erheben. Der Mann hat alle Macht und alles Recht im Staat. Die Familie erreicht

ihre höchste Blüte und ist durchdrängt von herrschaftlichem Geist.

Mit dem 19. Jahrhundert ereignen sich gewaltige Umwälzungen. Die Entwicklung der kapitalistischen Organisation hatte sich bis dahin langsam und energielos über Jahrhunderte dahingezogen. Es entstand die Wirtschaftskrisis des Hochkapitalismus. Die großen Arbeitsmaschinen wurden erfunden. Mit dem Hochkapitalismus hatte die Familie mit der Rolle als Wirtschaftsorganisation fast endgültig ausgespielt. Die wirtschaftlichen Funktionen der Familie wurden von der immer stärker werdenden gesellschaftlichen Organisation und der Tätigkeit des Staates übernommen. Der Aufgabekreis der Familie wird klein. Und die Familie zerfällt sich, sie wird klein und schwach. Die Frau wird frei. Sie wird nicht mehr verachtet und unter den Einfluß des verfeinerten Empfindens als eine Persönlichkeit anerkannt. Die Frau ist nun herausgetreten aus dem Zustand der Sklaverei und stellt sich selbständig an die Seite des Mannes. Die Befreiung gelang der Frau um so leichter, als die Familie durch die kapitalistische Wirtschaft einen schweren Schlag erlitt. Der Großhaushalt des Fronhofes ist verschwunden. Es bleibt der gewöhnliche Einfamilienhaushalt. Der Staat kümmert sich mäßig für Frauen und Kinder. Und dem Hausvater wird seine Macht entzogen. Die häusliche Tätigkeit erlangt eine starke Entwertung. Die Tätigkeit der Hausfrau entwickelt sich von einer gewerblichen zu einer taufmännischen, die darin besteht, möglichst vorteilhaft einzukaufen.

Auch in dem Verhältnis zwischen Mann und Frau ist eine bedeutende Veränderung eingetreten. Durch das kapitalistische System wird die Frau in die Erwerbsarbeit getrieben. Mit der Frauenarbeit wird die Frau ökonomisch selbständig. Sie ist nicht mehr auf den Mann angewiesen, sie kann sich nun selbst ernähren. Die Stellung der Frau ist im lebhaftesten Aufschwung begriffen. Die ersten Anfänge der Bewegung der Emanzipation der Frau werden erkennbar. Ein neuer Sozialkodex entsteht. Die Frau hat dieselbe freie Willensberechtigung wie der Mann. An die Stelle der kirchlichen Dauerehe tritt das Recht der Zivilehe. Mit der französischen Verfassung 1791 wird die Zivilehe eingeführt. Das Gesetz betrachtet die Ehe bloß als einen bürgerlichen Vertrag. Mißhandlungen gelten nunmehr als Scheidungsgrund. Die Frau kann sich jederzeit der Tyrannei des Mannes entziehen. Aber trotzdem wird die Frau dem Manne gegenüber weiter stark benachteiligt. Der Mann war berechtigt, der Frau ihren Verdienst abzunehmen. Sie genoss keine politischen Rechte und durfte sich an politischen Vereinen nicht beteiligen. Auch war sie vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die Gesetzgebung lag in der Hand des Mannes.

Sowohl bis zum nächsten Briefe. Im nächsten Briefe werde ich dann die Darstellung der Entwicklungsgeschichte der sozialen Stellung der Frau mit einem Ausblick in die Zukunft abschließen. L. P.

## Die arbeitssparende Maschine.

Im letzten Monatsbericht des Verbandes der Fabrikarbeiter wird folgendes Beispiel für die Freisetzung von Arbeitskräften als Wirkung der arbeitssparenden Maschine angeführt: Eine Firma in Neustadt in Thüringen hat jüngst eine neue Dampfmaschine für etwa 10 000 Mk. aufstellen lassen. Die Maschine wird von drei Arbeitern bedient, die jezt einen um 5 Pf. höheren Stundenlohn erhalten. Die Produktionsleistung in achtstündiger Arbeitszeit war mit Handstampfer 18 Rohre, mit der Maschine 130 Rohre von gleicher Größe in der gleichen Arbeitszeit, d. h. eine Verzehnfachung der Produktionsleistung. Dies hat der Betriebseinstellung die Entlassung von 65 Arbeitern ermöglicht. Wir möchten an dieses aufschlußreiche Beispiel des Fabrikarbeiterverbandes folgende Ueberlegungen knüpfen: Wenn man die Kosten der neuen Maschine, Abschreibung (auf vier Jahre), Verzinsung, Betriebsstoffe und Arbeitskosten zur Bedienung der Maschine in Rechnung setzt und dem die Ersparnisse an Lohn gegenüberstellt, so wird

man etwa zu dem Resultat kommen, daß der Betrieb an einem einzigen Tag an Löhnen erspart, was ihn die Maschine in einem ganzen Monat kostet. Selbstverständlich muß es sich hier um einen Ausnahmefall handeln, in der Regel wird die Ersparnis durch Einführung arbeitssparender Maschinen nicht so ungeheure Ausmaße annehmen. Trotzdem läßt sich einwandfrei feststellen, daß die arbeitssparende Maschine in sehr vielen Fällen geeignet ist, den Unternehmern außerordentlich große Lohnersparnisse zu verschaffen, zumal der Zinsfuß in der letzten Zeit erheblich gesunken ist und daher die Verzinsung der Maschinen viel geringere Mittel in Anspruch nimmt. Sofern der Unternehmer Kredite bekommt, um die Maschinen zu kaufen, und sofern er nicht befürchten muß, daß die Maschinen schnell von neuen Erfindungen überholt werden, wird er sie angesichts der großen Lohnersparnisse anschaffen. Es ist daher ganz abwegig, zu meinen, daß die Einführung der arbeitssparenden Maschinen unterbleiben würde, wenn sich nur die Arbeiter mit niedrigeren Löhnen begnügten. Im Lichte der neuen Erfahrungen kann man wohl feststellen, daß bei der Mechanisierung der Produktion in der Industrie etwaige Lohnabschläge gar nicht in Frage kommen, da selbst die größten Lohnherabsetzungen dem Unternehmer nicht so große Ersparnisse bringen könnten als die arbeitssparende Maschine. Deshalb wird er auf deren Einführung nur verzichten, wenn er, wie oben angedeutet, keinen Kredit bekommt oder aber das rapide Verfallen der Maschine befürchten muß.

## Aus den Zehnellen.

Aufsehen. Am Donnerstag, dem 4. Februar 1927, fand im großen Saale des „Rauvuh!“ unsere äußerst stark besuchte Generaterversammlung statt. Angesichts der wichtigen Tagesordnung war der starke Besuch zu verstehen, die Mitglieder wissen, es geht jetzt um ein oder mehrere des Reichstages. Die Zeiten der Interesslosigkeit sind vorüber, sie wissen, nur ein festes Zusammenhalten kann die bisherigen Vorteile sichern und weitere bringen. Diese Erkenntnis hielt denn auch den ganzen Verlauf der Versammlung auf der Höhe. Dem Vortrage der Kassiererin Kollentin Woffe, die in trefflichen Worten über die Verhandlungen mit den Unternehmern und die bevorstehenden Kämpfe sprach, wurde gespanntes Interesse und großer Beifall zuteil. Die Versammlung war sich darüber einig, nur ein starker Kampf ist das beste Mittel, den Unternehmern bei ihren Verulbrüchen, die Ferien und Bezahlung der Fertiger zu nehmen, ein trübseliges Halt entgegenzusetzen. Darum sei auch der Beschluß des Hauptvorstandes, einen Ertragsbeitrag zu erheben, gutzuheißen, ja, es erhoben sich Stimmen, die den Ertragsbeitrag als viel zu niedrig hielten mit Rücksicht auf die zu erwartenden langwierigen Kämpfe. So steht denn unsere Arbeiterschaft da, wohlgerüstet auf einen Kampf, der, wenn genügend Gehilfen vorhanden sind, auch bestimmt zum Siege geführt wird. Und warum auch nicht? Den Unternehmern haben die Löhne nichts angedeutet, im Gegenteil, es entstanden immer mehr Betriebe und die bestehenden wurden vergrößert, nur die Arbeiterschaft leidet Not, denn die Lebensmittelpreise sind sehr hoch und die Löhne diesen nur in kleinstem Maße anpaßt. Unser Wahlkampf kann deshalb nur heißen: „Nicht rückwärts, vorwärts wollen wir!“ Der Vorstandswahl brachte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Hermann Heile; 2. Vorsitzender: Richard Hachten; Schriftführer: Maria Kleeberg; Kassierer: Gustav Kaiser; Beisitzer: Johannes Lange, Frieda Heinrichs; Revisoren: Paul Weizer, Ida Blumhomb. Den Kassierbericht gab, da Kollentin Woffe, jezt verheiratet Kaiser, erkrankt ist, der Vorsitzende; der Kassierbericht wurde Entlastung erteilt. Aus dem Kassierbericht ist hervorzuheben: Ab 1. Januar 1927 sind für männliche Mitglieder 5 Pf., für weibliche Mitglieder 3 Pf. Beitrag zu entrichten.

Wahlen. In der Generaterversammlung am 20. Januar gab der Vorsitzende Kollege Frost einen Ueberblick über das vergangene Jahr und die wirtschaftliche Krise, die auch über unsere Zehnellen hereinbrochen ist und sich in Kurzarbeit und Entlassungen ausgemerkt hat. Hierauf erstattete der Kassierer Kleeberg Bericht über den Kassierbericht. Im Berichtjahr betrug die Einnahme an verkauften Marken 6504,20 Mk. An Unterstützung wurden gezahlt 6079,95 Mk. Ortsalltagsvermögen am Quartalschluß 543 Mk. Mitgliederbesitz am Ende des Jahres 61 männliche und 230 weibliche. Die hierauf vorgenommenen Wahlen ergaben die Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden und Kassierers; die Ortsaus-

richteter Sache flüchten mußten. So dauerte der Streit bis zur zweiten Revolution des Jahres 1917. Sie entschied ihn endlich, und zwar zugunsten der Bauern von Guffati. „Die ganze Einkünfte“, lautete der Spruch, „ist an Guffati abzutreten. Wozu hat ohnedies keines eigenen Gutes im Ueberfluß.“

Selbstverständlich fanden die Bauern von Worg diese Regelung absolut ungerecht. Nun entbrannte ein neuer Kampf, nämlich der Bauern von Worg gegen die Sowjetgewalt, die nicht nur das „ungerechte“ Urteil fällen ließ, sondern auch durch Streikkommandos die Lebensmittel der Bauern zugunsten der Stadt konfiszierete. „Bewegen müßten wir sie (die Kommunisten) alle...“ wurde eine Parole verkündet. Als „Raub“ und „Diebstahl“ wurden die Entziehungsmassnahmen gebrandmarkt. Das Sowjethaus wurde vernichtet. Worg ist zum Mittelpunkt des Bauernaufstandes geworden. Alle mit dem neuen System Unzufriedenen aus dem ganzen Distrikt versammelten sich dort, um gegen die Sowjetgewalt zu kämpfen. Partisaneneinheiten, die gebildet wurden, die ganze Jugend, sowie selbst die ältesten Bauern von Worg zogen in den Wald und bauten dort ihre Festung auf. An die Spitze der Bewegung stellte sich der junge Semjon. Hier richteten die Aufständischen gleich Dachen ihr Leben ein. Sie wohnten auch in Erdhöhlen. (Sm

Russischen heißt auch der Roman „Der Dachs“ — „Bursut“) Von den Bauernwirtschaften des Distrikts wurden sie reichlich mit Lebensmitteln versorgt.

Wie dachten eigentlich die Bauern, als sie ihre Heimat verlassen, im Walde ihr Ziel zu erreichen? Was für Aufgaben stellten sie sich? Ueber diese und ähnliche wichtige Fragen waren sie sich aber gar nicht klar. Vielmehr haben sie, wie von einer elementaren Kraft getrieben, aus Furcht vor der Stadt ihr Dorf verlassen; der gemeinsame Haß gegen die Stadt schloß sie instinktiv alle zusammen; der Bauer beurteilte die Ereignisse etwa folgendermaßen: „Die von Guffati haben uns die Einkünfte genommen. Sie sind Sowjetleute... Eine Hälfte der Stadt hatte die andere Teil der Rechte gepackt.“ Man muß abwarten, bis sich die Stadt in all diesem Verwirrungswahn endgültig in Staub verwandelt wird. „Dann könnte man den Rest unter Feuer legen — allmählich würde dann die Brenneisel mit freundlichem Grün die Brandstätten überziehen.“ (S. 101). Und der Bauer träumte von dem Tage, wenn kein Pfug den Boden der verbrannten Stadt durchspülen werde...

Diese feindselige Einstellung gegen die Stadt, sowie gegen die sowjetischen Vertreter bildet die grundlegende Idee des Romans.

Walden und Monate verbrachten die Bauern im Walde in Erwartung des großen Tages des Ueberganges der Stadt. Indes unternahm die Sowjetgewalt Maßnahmen, um den Aufstand zu unterdrücken. An der Spitze der Strafexpedition steht der Kommunist Anton. Dieser Anton ist aber kein anderer als der Bruder Semjons Pawel, der in der Stadt lebt und als Vertreter der Interessen der Stadt wirkt. Für das Bauernleben hat Anton Pawel absolut kein Verständnis. Sein Verhalten verliert sich nur das Mißtrauen der Bauern zu den städtischen Einwohnern. Jedoch zu einem offenen, entscheidenden Kampf kommt es zwischen den Parteien nicht; ohne ein bestimmtes, praktisches Ziel, ohne den Gegner vor sich zu haben, löste sich die partizanische Bewegung allmählich von selbst auf; eine nach der anderen verließen die Einheiten den Wald; die Bauern kehren zu ihren Grundstücken zurück, an die zu denken sie keinen Augenblick vergessen. Denn ohne Land hat der Bauer überhaupt keine Bedeutung im Leben. Schließlich meldet sich selbst Semjon bei seinem Bruder und kapituliert; er erklärt offen, daß Anton Pawels Einstellung die richtige sei. Somit trägt die Stadt den Sieg davon.

Die Psychologie der Bauernmassen, das Leben der Aufständischen und das Bauernleben überhaupt wird ausgezeichnet im Roman gefildert, und das Buch wird mit großem Interesse gelesen.

schuldbelegten sowie Kassenprüfer und Unterkassierer wurden teils wieder, teils neu gewählt. Unter Verschiedenem gab der Vorsitzende zur Kenntnis, daß wir in diesem Jahre auf ein 25jähriges Bestehen unserer Zahlstelle zurückblicken können. In der nächsten Versammlung soll nach eingehend darüber gesprochen werden. Nach kurzer Aussprache und Beantwortung einiger Anfragen wurde die Versammlung mit dem Wunsch, daß die Kollegenschaft in diesem Jahre mehr Interesse zeigen und die Versammlungen besser besuchen möge, geschlossen. Ein gemütliches Beisammensein hielt die Anwesenden bei froher Laune und Humor noch einige Stunden zusammen.

**Berlin.** Zur Ehrung der Jubilare hatte die Berliner Ortsverwaltung am Sonntag, den 6. Februar, im festlich geschmückten Saal Am Friedrichshain eine Jubelfeier veranstaltet, zu der über 300 Kolleginnen und Kollegen, ohne die Gäste, eingeladen waren. Leider mußte diese Feier in der Personengabe beschränkt bleiben, weil es einfach in Berlin keinen Raum gibt, in dem alle Mitglieder zusammenkommen können. Trotzdem waren in den Funktionären, den Mitgliedern der Haupt- und Ortsverwaltung und den Vertretern der befreundeten Organisationen über 1300 Personen erschienen. Ein künstlerisch durchaus befriedigendes Programm erfreute die Anwesenden, der Kollegen-Gesangsverein „Solidarität“ lang zu Ehren unserer Jubilare, der Würde des Tages entsprechende Deklamationen ließ Theo A. Maret hören. Den Jubilaren wurde ein vom Verbandsvorstand gefälltes Diplom überreicht, das alle von der Ortsverwaltung gerahmt auf ihren Plätzen voranden. In der Festrede feierte Kollege Gustav O. r h m a n n den Tag und die Verdienste der Jubilare. Unser Verbandsvorsitzender Bucher dankte im Namen der Jubilare. Alles in allem ein wohl abgerundetes schönes Fest, das bei den gefeierten Kolleginnen und Kollegen und auch bei den Gästen stets in guter Erinnerung bleiben wird. Wir freuen uns, daß wir diesen verdienstvollen Verbandsmitgliedern einige wenige Stunden der Freude bereiten konnten.

**Breslau.** Am Sonntag, dem 30. Januar, hielt die hiesige Hilfsarbeiterzeitung ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Besuch war sehr gut. Der 1. Vorsitzende Kollege Reinhold gab einen liebreich über seine Tätigkeit im verfloßenen Jahr. Man konnte daraus ersehen, daß er ein großes Stück Arbeit geleistet hat in der Provinz sowie am Ort, sei es agitatorisch oder gewerbetätig. Eine Aussprache wurde nicht beliebt, lieber das beste Zeichen der Zufriedenheit unserer Mitglieder. Hierauf gab die Kassiererin Kollegin Wibel den Kassenbericht über das 4. Quartal und über das verfloßene Jahr 1926. Der Kassiererin wurde Entlastung erteilt. Sie legte den Mitgliedern klar, daß zu einer ordnungsgemäßen Kassenführung vor allem eine pünktliche Beitragszahlung erforderlich ist. Nachdem nun die Remuneration des 2. Vorsitzenden, der Kassiererin und des Schriftführers festgelegt war, ging man zur Vorstandswahl über. Auf Wunsch der Mitglieder wurde sie durch Affirmation vorgenommen. Der neue Vorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: 1. Vorsitzender Kollege Reinhold, 2. Vorsitzender Kollege Karl Reihmann, Kassiererin Kollegin Wibel, Beisitzer die Kollegen Johanna und Matthe, 1. Schriftführer Kollege Grün, 2. Schriftführer Kollegin Waage, Redaktoren die Kollegen Max Reihmann, Wunke und Kraut. Dann sprach Kollege Reinhold über die Lohnverhandlungen im Buchdruck, er schilderte, mit welcher interessanten Argumenten die Unternehmer daran gehen wollen, unseren „fürstlichen“ Lohn zu kürzen. Kollege Reinhold schilderte den Gang der Lohnverhandlungen. Der Wunsch der Unternehmer, die Hilfsarbeiter vom Reichstaxi abzuschüteln, um dann die Lohnregulierung selbst in die Hand zu bekommen, soll ihnen so leicht nicht erfüllt werden. Die vom Hauptvorstand vorgeschlagene Zahlung von Extrabeiträgen zu Kampfwegen fand die allgemeine Zustimmung, die Mitglieder wollen diese Beiträge in doppelter Höhe entrichten. Die Ausführungen zur Diskussion gestellt, bemängelte Kollege Döhring das Verhalten der unparteilichen Vorsitzenden. Aus Mitgliedertreue gingen der Versammlung drei Resolutionen zu, welche angenommen wurden und an den LDBB weitergeleitet werden. Im Anschluß an die Versammlung fand für die Mitglieder und deren nahe Angehörige ein gemütliches Beisammensein verbunden mit Tanz statt, dem fleißig gehulst wurde und uns alle noch mehrere Stunden lustig und fidel zusammenhielt.

**Darmstadt.** Am 15. Dezember hatten wir unsere Generalversammlung, deren Tagesordnung wegen vorgerückter Zeit nicht erledigt werden konnte. Die Fortsetzung fand am 25. Januar statt. Der Vorsitzende erstattete Bericht vom Geschäftsjahr 1926. Wenn das abgelaufene Jahr auch als ein ruhiges Jahr angesehen werden kann, so muß doch gesagt werden, daß es der Verwaltung an Arbeit nicht gefehlt hat, denn gerade im letzten Jahr wurde des öfteren von den Unternehmern versucht, den Tarif zu durchbrechen und die Löhne zu brechen, was auch in einzelnen Fällen gelungen war. Durch das Eingreifen des Vorstehenden konnten alle diese Fälle wieder zu unseren Gunsten erledigt werden. Um alle Arbeiten bewältigen zu können, machten sich sieben Vorstandsstellungen, vier Sitzungen mit den Vertrauensleuten und fünf Mitgliederversammlungen notwendig. Unsere Berwache brachte uns ein erfreuliches Ergebnis, wir sind heute mit 93 Proz. organisiert. Der Arbeitsnachweis ist von beiden Seiten auf in Anspruch genommen worden. Arbeitslos sind noch drei Kollegen und zwei Kolleginnen, was auf die im vierten Quartal einsetzende gute Konjunktur zurückzuführen ist. Einem Entwurf des Gauvorstandes über Einführung einer Sterbe- und Hinterbliebenenkasse wurde zugestimmt. Den Kassenbericht, der für gut befunden wurde, erstattete der Kollege Wendorf, ihm wurde Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des jetzigen Vorstandes. Der Vorsitzende ging nunmehr in längeren Ausführungen auf den gefälligten Reichstaxi sowie auf den verlängerten Lohntarif bis zum 31. März 1927 ein. In scharfen Worten schilderte er das Verhalten der Unternehmer, denen es ganz besonders darum zu tun sei, den Hilfsarbeitertarif loszuwerden. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegenschaft, in den nächsten Wochen und Monaten ganz besonders auf der Hut zu sein, damit der fromme Wunsch der Unternehmer nicht in Erfüllung geht. In der Diskussion zeigte sich deutlich, daß die Darmstädter Kollegenschaft bereit ist, den Kampf um ihr gutes Recht mit den

Unternehmern aufzunehmen und mit allen Mitteln dafür einzustehen, daß keine Verflechtungen, sondern Verbesserungen in den Tarif aufgenommen werden. Hierauf forderte der Vorsitzende die Kollegenschaft auf, die nun notwendig werden Besammlungen gut zu besuchen und dem Rufe des Vorstandes zu folgen. Er dankte allen Kolleginnen und Kollegen, die im abgelaufenen Jahr ihre Pflicht erfüllt und unermüdet mitgearbeitet haben und ersuchte, dies auch für die Zukunft zu tun, zum Wohle aller und der Organisation.

**Hamburg.** Mitgliederversammlung am 28. Januar 1927. Vor einer überfüllten Versammlung berichtete Kollege Lohse von den ergebnislosen Verhandlungen mit den Unternehmern. Die drückende Wirtschaftslage, allgemein schlechte Konjunktur und was dergleichen mehr an Redensarten der laßam bekannten Buchdruckerunternehmer sind, wurden vorgebracht, nur um den Spitzelohn von 8 Mt. Zulage nicht bewilligen zu müssen. Die Begründung des dann vom Schiedsamt gefällten Spruches, den Lohn bis zum 31. März zu verlängern, da ja keine Veränderungen oder Verschlechterungen der wirtschaftlichen Lage eingetreten wären, ist ebenso lahm wie die der Unternehmer. Kollege Lohse sprach nun für die schärfste Kampfanlage, gilt es doch, für die bevorstehenden Manteltarifverhandlungen eine geschlossene Kollegenschaft zu haben. Ueberstunden über das tariflich festgelegte Maß hinaus sind unter allen Umständen zu vermeiden. Den Unternehmern darf ihr Wunsch, unseren Tarif von dem der Buchdrucker loszulösen, nie gelingen. Zur Ermöglichung fruchtbarer Abwehrmaßnahmen regte Kollege Lohse einen Extrabeitrag von 50 Pf. für männliche und 30 Pf. für weibliche und jugendliche Mitglieder zu Kampfwegen an. Die Durchführung des Achtstundentages und die Einstellung von Erwerbslosen, wo nur irgend möglich, muß Pflichtgesetz für uns sein. Langanhaltender Beifall zeigte, daß Kollege Lohse im Sinne der Versammelten gesprochen hatte. Nachdem die Kollegen Selge und Danigel noch die Ausführungen Lohses unterstrichen und Selge noch besonders auf das Verhalten der Unternehmer gegenüber den Hilfsarbeitern hingewiesen hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Mitgliederversammlung unterstützt die Maßnahmen, die vom Verbandsvorstand und von der Gauleitung beschlossen worden sind. Sie spricht beiden das Vertrauen aus und erwartet ferner, daß in der Lohn- und Tariffrage alle möglichen Mittel angewendet werden, um die Verhandlungen zum guten Ende zu führen. Die Versammlung spricht aber auch ferner aus, daß vor dem letzten Schritt keine Rücksicht genommen wird.“

Damit wurde gleichzeitig der Antrag auf einen Extrabeitrag für erledigt angesehen. Mit dem Hinweis darauf, in unseren Versammlungen immer so zahlreich zu erscheinen wie in der heutigen, schloß Kollege Selge die Versammlung.

**Hannover.** Unsere Generalversammlung am 21. Januar war außerordentlich gut besucht. Seit Jahren hatten wir keine so überfüllte Versammlung aufzuweisen, ein Beweis dafür, daß viele Mitglieder durch die Tarifbindung recht heilföhrig geworden sind, wofür wir den Prinzipalun unseren herzlichsten Dank aussprechen. Zunächst ehrte in üblicher Weise der Vorsitzende Kollege Sprunck das Andenken der im Berichtsjahre gestorbenen Mitglieder und ging dann zum Geschäftsbericht über. Der Rückblick auf das verfloßene Jahr ergab eine umfangreiche Tätigkeit des Vorstandes durch Sitzungen und Versammlungen sowie vor allem auch in der Vertretung von Klagen vor dem Arbeits- und Gewerbegericht, die teilweise von gutem Erfolg waren. Leider verloren wir auch eine Klage von prinzipieller Bedeutung, trotzdem derselbe Vorsitzende in der Instanzinstanz in einer gleichartigen Sache gegen diese Firma eine uns günstige Entscheidung gefällt hatte. Mit Dankesworten an die Vertrauenspersonen für ihre rege Mitarbeit und dem Wunsch, daß auch im neuen Jahre recht viele Mitglieder ihre Kraft der Organisation widmen mögen, schloß Kollege Spartz den Geschäftsbericht. Der Kassenbericht des Kollegen Wambacher ergab eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung der Finanzverhältnisse. Als wesentliche Einnahmeposten seien genannt: Für 164 Aufnahmen 59,80 Mt., für 38 419 Beiträge 30 140,20 Mt., für Vorkaufschätze 6395,40 Mt., für vorläufig abgemeldete Marken und sonstige Einnahmen 598,31 Mt. Von den Ausgaben sind hervorzuheben: Für Arbeitslohn 4148,30 Mt., für Kranke 2619,60 Mt., für ausgesteuerte und nichtbezugsberechtigte Arbeitslose aus Vorkaufmitteln 1944,20 Mt. und für die Gau- und Sterbestafel 1135,71 Mt. In die Hauptkasse konnten abgeführt werden 15 767,27 Mt. Das Ortsvermögen betrug am 1. Januar 1927 2424,70 Mt. Der Mitgliedbestand ist trotz der riefigen Arbeitslosigkeit auf derselben Höhe geblieben, wobei bemerkt werden muß, daß leider viele Arbeitslose, ausgesteuerte oder nichtbezugsberechtigte Mitglieder gestrichen werden mußten, weil sie sich der Kontrollpflicht entzogen hatten. In kurzen Ausführungen dankte Kollege Wambacher den Beitragsfassierern und allen Mitgliedern, die ihn durch treue Pflichterfüllung unterstützt haben. Wenn auch bei recht vielen Mitgliedern der Kassenbericht nicht besonders beliebtes Versammlungsthema sei, weil die trockenen Zahlen ermüden, so müsse aber immer darauf hingewiesen werden, daß eine geregelte Beitragszahlung und gute Kassenverhältnisse eine unbedingte Notwendigkeit sind. Nicht radikale Thesen können die Unternehmern beeinflussen, oder neben disziplinierter Solidarität ist ein gut geführter Kassenhaushalt unseres Hauptfassierers ein wahres Schreckgespenst für unsere Widerläufer im Unternehmertum. Den Mitgliedern dankte Wambacher noch besonders im Namen der Arbeitslosen, weil der ihm zum gestrigen Beschluß auf Verdoppelung der Vorkaufschätze es ermöglichte, den ausgesteuerten Arbeitslosen jeden Monat eine namhafte Extrazustimmung zusammen zu lassen. Die von den Rezipienten beantragte Entlastung des Kassierers wurde einstimmig angenommen. Bei dem Punkt Neuwahlen wurde der bisherige Vorstand der Zahlstelle einstimmig wiedergewählt. Zur Kündigung des Reichstaxi nahm dann Kollege Spartz das Wort, der in längeren Ausführungen den Mitgliedern zeigte, welche Pläne die Prinzipale dabei verfolgten. Wenn sie auch angeblich zunächst erstreben, in der Provinz die Löhne herabzubringen, so sei gar nicht daran zu zweifeln, daß eine Loslösung vom Buchdruckerarif und damit eine große Verschlechterung aller bisherigen Tarifbestimmungen geplant ist. Für uns könne aber kein Abbau, sondern nur ein Aufbau

der Löhne in Betracht kommen, da die lange Tarifdauer und die seit dem letzten Tarifabschluß verschlechterte Kaufkraft des Geldes dieses erfordere. Höchste Aktivität aller Mitglieder sei deshalb das Gebot der Stunde. Die Ausführungen des Kollegen Spartz fanden lebhafteste Zustimmung der Versammlungsbefugten. In der Aussprache ergänzte Kollege Wambacher die Ausführungen des Vorredners und wies dabei hin, daß wir alle Ursache hätten, wieder einen Reichstaxi auf der Grundlage des Buchdruckerarif zu erlangen. Die vor Einführung des Reichstaxi gemachten Erfahrungen mit ähnlichen Verhandlungen, bei denen immer die am jämmerlichsten behafteten Drucker anderer Landesteile als Muster von den Prinzipalen benutzt wurden, reize gewiß nicht dazu, vom Reichstaxi abzuziehen. An dem Mitgliedern liege es jetzt, den notwendigen Dampf hinter die Verhandlungen zu machen, dann könnten die Prinzipale nichts dabei gewinnen.

Unter Verschiedenem schloß Kollege Tosanowski die Frage der Inaktivitätenprüfung an und verlangte Maßnahmen zur baldigen Einführung derselben. Kollege Spartz wies auf die bevorstehende Gauleiterskonferenz hin, wo diese Frage auf der Tagesordnung stehe, so daß eine weitere Aussprache in der Versammlung sich erübrige. Er teilte noch außerdem mit, daß am Sonntag, dem 20. März, ein gemütlicher Abend für die Mitglieder stattfindet und ersuchte um rege Beteiligung an demselben.

**Feld.** In volllähig besuchter Versammlung wurde am 31. Januar der Bericht über die letzten Lohnverhandlungen entgegengenommen. Gleichzeitig auch Bericht erstattet über die durch die Tarifbindung geschaffene Situation. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, unsere Verhandlungen zu erkräften, am Reichstaxi festzuhalten und im Hinblick auf die sonderbare Haltung der Unternehmer die Erhebung des Extrabeitrages gut zu heißen. Außerdem wurde die Erhöhung des Ortsbeitrages um 100 Proz. beschlossen.

### Abrechnungen.

In der Woche vom 31. Januar bis 5. Februar sind bei der Hauptkasse nachfolgende Abrechnungen für das 4. Quartal eingegangen: Gau 4 a Nürnberg, Gau 6 a Leipzig, Gau 9 Bielefeld und Hannover, Gau Danzig.

In derselben Zeit kamen Geldsendungen aus Nürnberg 4331,21 Mt., Leipzig 28 345,45 Mt., Magdeburg 1960,81 Mt., Bielefeld Restsumme 1497,03 Mt., Hannover Restsumme 4800 Mt.

Berlin, den 5. Februar 1927.

H. Lohse.

Für die Woche vom 13. bis 19. Februar 1927 ist die Beitragsmarke in das 7. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Unserer lieben Kollegin Matz. Erang (in Firma Einh) nebst ihrem Gemahl zu ihrer Vermählung am 29. Januar nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Mitglieder der Zahlstelle Eiler.

Unserem Kollegen August Pries nebst Frau zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Zahlstelle Schwerin i. Meckl.

Unserer lieben Kollegin Maria Bennede und ihrem Bräutigam Willy Zimmermann zu ihrer am 5. Februar d. J. stattgefundenen Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.  
Zahlstelle Eöthen i. Anh.

Unserem lieben Kollegen Anton Bader zu seiner stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.  
Zahlstelle Freiburg i. Br.

## BERLIN

Sonntag, den 20. Februar 1927, nachm. 8 Uhr, im Theater der Volkshäuser am Bülowplatz

### Traumspiel,

ein Mysterium von August Strindberg.

Erste Besetzung: Agnes Straub, Alexander Cramer uff. Großes Orchester.

Beginn der Vorstellung 2 Uhr nachmittags.

Karten sind zum Preise von 1,80 Mt. einschließlich Garderobe und Zettel im Bureau der Ortsverwaltung, Ritterstraße 1, zu haben.  
Die Ortsverwaltung.

## STERBETAFEL.

Am Freitag, dem 21. Januar 1927, verchied nach einer schweren Operation unsere liebe, treue Kollegin

**Emilie Jost**

im blühenden Alter von 19 Jahren.

Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.

Die Kollegenschaft der Firma Moritz Schaumburg, Lahe i. Baden.

Am 30. Januar 1927 verchied plötzlich und unerwartet, infolge Gadervergiftung, unser Kollege

**Peter Delonge**

i. Fa. Rheinische Zeitung

im Alter von 23 Jahren. Wir verlieren in dem allzufrüh Verstorbenen ein treues Mitglied, den Mitarbeiter unserer Graphischen Anstalt, deren anerkannter Förderer, Leiter und Organisator er war.

Ein bleibendes Andenken bewahrt ihm

die Zahlstelle Köln.

Verantwortlich: Dr. Redaktion: A. Schulte. Charlottenburg, Westfälische 16. Fernspr.: Amt Berlin 1223. - Berlin: H. Lohse, Charlottenburg. Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 6.